

Robert Urbé

Um Armut zu bekämpfen, muss man sie verstehen

Wer effektiv und strukturell gegen Armut vorgehen will, muss auch wissen, wer von ihr betroffen ist. Ein Einblick in die Methoden der statistischen Erhebung.

Die Energiekrise, der überlaufene Wohnungsmarkt und die hohen Lebensmittelpreise haben dazu geführt, dass wir aktuell so viel über Armut sprechen wie selten zuvor. Nur: Eine strukturelle Gegensteuerung ergab sich daraus bisher nicht wirklich. Das könnte auch daran liegen, dass Teile der Gesellschaft – und auch der Politik – nicht verstanden haben, was Armut ist, und ab wann ein Mensch als „arm“ gilt.

Das zeigt zum Beispiel ein geläufiges Argument im Zusammenhang mit dem Medianeinkommen, einer Art Durchschnittseinkommen. Dieses gilt als Richtwert für die Berechnung der Armutsgrenze, die bei 60 % des Medianeinkommens verläuft. Wo die Löhne und Gehälter wachsen, so die Schlussfolgerung, wachse auch das Medianeinkommen. Damit stiegen zwar die Armutsgrenze und die Zahl der als arm definierten Menschen – ihre tatsächliche Situation verschlechterte sich dadurch aber nicht.

Dass diese Argumentation nicht aufgeht, zeigte sich im Jahr 2016: Zum ersten Mal hatte es in dem Jahr mehr Arme gegeben, *obwohl* das Medianeinkommen und die Armutsgrenze gesunken waren. Doch wie misst man Armut wirklich, und worauf

basiert diese Rechnung? Und was sagen diese Zahlen und Statistiken über die tatsächliche Lebensrealität von echten Menschen aus? Eine Rückverfolgung.

Eine Armut kommt selten allein

Viele Menschen wissen nicht, dass Armut in verschiedene Kategorien unterteilt wird. Die vielleicht geläufigste ist die sogenannte monetäre oder finanzielle Armut. Daneben spricht man beispielsweise aber auch von kultureller, sozialer, psychischer oder politischer Armut. Oft treten diese Facetten zusammen auf: Monetäre Armut zieht häufig soziale und kulturelle Armut nach sich, aus affektiver Verarmung wird schnell eine soziale und psychische Armut. Auch Armut und Gesundheit sind nachweislich eng miteinander verknüpft.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) haben sich darauf geeinigt, von einem relativen Armutsbegriff auszugehen. Armut wird also in Beziehung zu der Gesellschaft gesetzt, in der der Arme lebt. Dafür haben die Staats- und Regierungschefs der EU im Jahr 2000 im Schloss Laeken (Brüssel) eine Vielzahl von Indikatoren beschlossen, anhand derer sie die Erfüllung der gemeinsam gesetzten

Ziele im Rahmen verschiedener Aktionspläne zur sozialen Inklusion verfolgen wollten. Die aktuellsten Aktionspläne sind die Europa-2020-Strategie und der Aktionsplan für die europäische Säule sozialer Rechte. Letzteren will die EU bis 2030 umsetzen.

Unter anderem wegen der beschränkten Aussagekraft der rein monetären Indikatoren gibt es unter den Laeken-Indikatoren auch andere Armutsmerkmale. Dazu gehört der Indikator für materielle und soziale Entbehrung², der etwas darüber aussagt, über welche Gegenstände des alltäglichen Bedarfs bestimmte Haushalte nicht verfügen oder welche normalen Ausgaben sie nicht schultern können. Der Indikator gibt den Prozentsatz derjenigen an, die bei mindestens fünf von dreizehn Fragen mit „Nein“ antworten.

Robert Urbé war bis zu seiner Rente 30 Jahre lang Koordinator der Caritas in Luxemburg. Er war unter anderem Herausgeber des *Sozialalmanach*, einer Publikation zur sozialen Lage der luxemburgischen Gesellschaft, die bis 2021 jährlich veröffentlicht wurde. Seit 2018 ist er nun Mitglied eines europäischen Netzwerks unabhängiger Experten der EU-Kommission und Koordinator des luxemburgischen Teams. Das Netzwerk hat die Aufgabe, die europäische Kommission mit Berichten zur sozio-politischen Lage zu versorgen.



Dabei betreffen die ersten sieben den Haushalt als Ganzes: die Fähigkeit, unerwartete Ausgaben bewältigen zu können; sich eine Woche Urlaub fern von zu Hause leisten zu können; Zahlungsrückstände vermeiden zu können (bei Hypothekenzahlungen, Stromrechnungen oder Ratenzahlungen); sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder einem vegetarischen Äquivalent leisten zu können; sich leisten zu können, das Zuhause angemessen zu heizen; Zugang zu einem Auto für den persönlichen Gebrauch zu haben; oder sich den Ersatz abgenutzter Möbel leisten zu können.

Danach kommen sechs personenbezogene Fragen: Zugang zu einer Internetverbindung zu haben; sich leisten zu können, abgenutzte Kleidung durch neue zu ersetzen; sich zwei Paar gut sitzende Schuhe leisten zu können (darunter ein Paar Allwetterschuhe); sich leisten zu können, jede Woche einen kleinen Geldbetrag für sich selbst auszugeben; sich regelmäßige Freizeitaktivitäten leisten zu können; sich mindestens einmal im Monat mit Freunden oder der Familie

etwas zu trinken oder zu essen gönnen zu können.

Einer der meistdiskutierten EU-Indikatoren ist allerdings jener für das Armutsrisiko. Die EU-Mitglieder haben offenbar eingesehen, dass man Armut nicht als solche definieren kann – wohl aber eine Armutsgrenze, unterhalb derer Menschen riskieren, arm zu werden. Diese Armutsschwelle oder Armutsrisikogrenze legten die EU-Mitgliedsstaaten bei 60 % des medianen Nettoeinkommens nach Transferzahlungen fest. Transferzahlungen sind Zahlungen, die der Staat an Einzelpersonen oder Haushalte zahlt: etwa Renten, Krankengelder, Arbeitslosengelder oder Kindergelder. Dass hier das Einkommen „nach Transferzahlungen“ berücksichtigt wird, ist wichtig für die Berechnung des netto zur Verfügung stehenden Einkommens einer Person oder ihres Haushalts. Würde man das nicht tun, gäbe es in Europa eine Armutsrisikoquote von über 45 %.

Dem Armutsrisiko ausgesetzt ist also derjenige, dessen Einkommen dauerhaft

geringer ist als 60 % des medianen Einkommens der Bürger eines Landes. Anders formuliert: Die Chancen, im alltäglichen Leben mitzukommen, sich ähnlich wie die anderen benehmen zu können, sind bei diesen Personen um 40 % geringer als bei durchschnittlichen Bürgern.

Wie berechnet man Armut?

Für die Berechnung des Armutsrisikos ist es erforderlich, das Median- und das Äquivalenzeinkommen zu kennen. Doch was bedeuten diese Begriffe? Beim Median handelt es sich um eine mathematische Variante dessen, was wir gemeinhin als Durchschnitt bezeichnen. Während das Durchschnittseinkommen dadurch berechnet wird, dass alle Einkommen zusammengezählt werden und dann durch die Anzahl der Einkommensbezieher geteilt wird, ist es beim Medianwert etwas anders. Seine Berechnung lässt sich am besten anhand einer bildlichen Darstellung beschreiben: Stellte man alle Einkommensbezieher der Reihe nach auf und sortierte man sie von jenem mit dem niedrigsten bis hin zu jenem mit dem höchsten

Einkommen, wäre die Person, die nun in der Mitte steht, die mit dem Medianeinkommen. Das bedeutet: Die Hälfte der Personen hat ein höheres und die andere Hälfte ein geringeres Einkommen.

Hier löst sich auch auf, warum das Argument vom Anfang nicht korrekt sein kann: Denn steigt oder sinkt das Einkommen der oberen Hälfte der Bevölkerung, so verändern sich weder das Medianeinkommen noch die Armutsgrenze von 60 %. Umgekehrt verschieben sie sich auch dann nicht, wenn die untere Hälfte der Sortierung eine Einkommensverschlechterung oder -verbesserung erfährt: Die Person in der Mitte hat schließlich nach wie vor dasselbe Einkommen. Das Medianeinkommen verändert sich also nur dann, wenn das Einkommen der Menschen im Medianbereich variiert.

Was aber ist mit Personen, die nicht arbeiten – aber dennoch von Armut betroffen sein können? Um alle Menschen einer bestimmten Bevölkerung für die Errechnung dieses Indikators gleichrangig betrachten zu können, muss man zum Beispiel auch Kinder einbeziehen. Diese besitzen zwar kein eigenes Einkommen, sind aber Teilhabende des Einkommens ihrer Eltern. Allerdings werden zur Berechnung des Armutsrisikos nur diejenigen miteinbezogen, die in Privathaushalten wohnen. Wer in Gemeinschaftsunterkünften wie Hotels, Altenheimen, Kinderheimen oder Obdachlosenheimen wohnt, fließt in die Berechnung nicht mit ein. Das vermindert die Aussagekraft des Indikators und sollte bedacht werden, wenn man über ihn redet.

Um also alle Mitglieder der Bevölkerung gemäß obigem Bild in Reih und Glied aufstellen zu können, muss man jeder Person eines Privathaushalts – also auch den Kindern und den anderen nicht erwerbstätigen Haushaltsmitgliedern – ein Einkommen zuordnen können. Dies passiert über das Äquivalenzeinkommen. Dazu wird in jedem Haushalt das Einkommen (netto, egal aus welcher Quelle) aller einzelnen Mitglieder dieses Haushaltes zusammengezählt, durch eine Referenzzahl geteilt und das so errechnete Einkommen jedem einzelnen Haushaltsmitglied zugeordnet (diese stehen also in der oben

beschriebenen „Einkommenskette“ alle nebeneinander). Die Referenzzahl ergibt sich dadurch, dass dem ersten Erwachsenen des Haushalts die Zahl 1, allen weiteren Personen über 14 Jahren jeweils die Zahl 0,5 und allen unter 14 Jahre alten Kindern jeweils die Zahl 0,3 zugeordnet wird. Die Haushaltsreferenzzahl ergibt sich aus der Summe dieser einzelnen zugeordneten Zahlen.

Ein Beispiel: Ein Haushalt besteht aus einem Ehemann, der 2.000 Euro netto im Monat verdient, seiner Frau, die als Teilzeitkraft monatlich 1.000 Euro netto verdient, dem 16-jährigen Sohn (monatlicher Nettoverdienst: 688 Euro) und der elfjährigen Tochter. Das gesamte verfügbare Einkommen des Haushalts beträgt inklusive Kindergeld und Teuerungszulage rund 4.600 Euro. Die Referenzzahl setzt sich also wie folgt zusammen: 1 für

Ein Armutsindikator beschreibt nicht die Armut an sich, sondern gibt Hinweise, anhand derer man Armut besser begreifen kann.

den Ehemann, jeweils 0,5 für die Mutter und den 16-jährigen Sohn, sowie 0,3 für die Tochter. Das macht insgesamt 2,3. Das Gesamteinkommen von 4.600 Euro geteilt durch 2,3 ergibt 2.000 Euro, die jedem der vier Haushaltsmitglieder nun als Äquivalenzeinkommen zugeordnet werden. Dahinter steckt unter anderem die Überlegung, dass alle vier fernsehen können, obwohl dafür nur ein Fernseher gekauft werden muss. Würde es sich bei diesen vier Personen um Jungesellen handeln, müssten sie viele Gegenstände jeweils einzeln kaufen.

Der Indikator ist nur bedingt aussagekräftig

Wir wissen nun, wie der Armutsrisikoindikator definiert wird. Was aber sagt er aus – und was kann er uns über die Lebensrealität von armen Menschen verraten?

Zunächst einmal ist der Indikator für das Armutsrisiko eine statistische Größe. Das heißt: Eine Armutsrisikoquote von 18,1 % wie im Jahr 2021 ist kein absoluter Wert für das ganze Land. Es ist das Ergebnis einer Schätzung des Werts für die Gesamtbevölkerung aufgrund einer Erhebung der Daten bei einer Stichprobe (in Luxemburg waren dies 2021 rund 4.080 Haushalte mit 8.997 Personen über 16 Jahren). Die Angabe von Dezimalzahlen wie 18,1 % gaukelt uns also eine Genauigkeit vor, die es so nicht gibt. Zudem sind die Daten oft nicht aktuell: Alle hier angegebenen Indikatoren betreffen das Jahr 2021 und basieren auf den Einkommen von 2020, neuere Zahlen gibt es noch nicht.

Ein Indikator gibt einen Teil eines größeren Bildes an, er weist auf eine Tendenz hin. Er beschreibt nicht, er malt kein komplettes Bild. Demnach beschreibt ein Armutsindikator nicht die Armut an sich, sondern gibt Hinweise, anhand derer man Armut besser begreifen kann. Anders ist es beispielsweise bei der Arbeitslosenquote: Diese gibt genau an, wie viel Prozent arbeitslos sind.

Gerade der relative Armutsindikator „Armutsrisikoquote“ kann nichts Absolutes über Armut aussagen. Vielmehr kann er helfen zu verstehen, wie sich Armut in der Zeit entwickelt, wie sie sich in einem bestimmten Land im Vergleich zu anderen darstellt und wie sie auf einzelne Kategorien von Personen wirkt.

So können wir zum Beispiel feststellen, dass die Armutsrisikoquote für Luxemburg im Jahr 2001 bei 12 % und im Jahr 2015 bei 15,3 % lag. Das heißt, dass es zwischen 2001 und 2015 einen Anstieg um 3,3 Prozentpunkte und zwischen 2001 und 2021 einen Anstieg um 6,1 Prozentpunkte gegeben hat. Oder anders ausgedrückt: Letzteres ist eine Steigerung um mehr als die Hälfte!

Für sich genommen sagen diese Zahlen aber noch recht wenig aus. Viel deutlicher wird das Bild, wenn man sich die Situation in anderen Ländern ansieht. In Staaten wie Tschechien, Finnland oder Irland beträgt die Armutsrisikoquote 8,6 %, 10,8 % respektive 12,9 %. In unseren

Nachbarländern sieht sie folgendermaßen aus: Frankreich 14,4 %, Belgien 12,7 %, Deutschland 15,8 % und die Niederlande 14,4 %. Der europäische Durchschnitt liegt bei 16,8 %. Insgesamt haben 15 Mitgliedsländer eine niedrigere Armutsrisikoquote als Luxemburg, im Jahr 2010 waren es nur acht.

Einen besseren Einblick erhält man auch, wenn man die „Armutsrisikoquote“ nach sozialen Kategorien wie Alter, Geschlecht betrachtet oder untersucht, wie die Verweildauer in der Armutssituation ist. Dabei misst man, in wie vielen von drei aufeinanderfolgenden Jahren ein Haushalt dem Armutsrisiko ausgesetzt war.

Armut verstehen heißt auch genauer hinschauen

Wer Armut besser verstehen will, muss sich also ansehen, wie sich das Armutsrisiko für einzelne Gruppen der Gesellschaft darstellt und inwiefern deren Situation von der allgemeinen abweicht.

Das Armutsrisiko der sogenannten „working poor“ – also Leuten, die mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, um der Armutsfalle zu entkommen – stieg zwischen 2010 und 2021 von 10,6 auf 13,5 %. Doch bereits innerhalb dieser Gruppe zeigen sich große Unterschiede: Während das Risiko für Luxemburger bei 8,7 % liegt, steht sie bei Ausländern bei 18,3 %. Mit 13,5 % „working poor“ liegt Luxemburg hinter Rumänien mit 15,2 % an zweiter Stelle aller EU-Mitglieder. Bei den Mietern, die einem höheren Armutsrisiko unterliegen als diejenigen, die Besitzer eines Hauses oder einer Wohnung sind, stieg die Armutsrisikoquote von 24 % in 2001 auf 35,3 % im Jahr 2021. Und selbst bei den Immobilienbesitzern stieg sie von 8 auf 11,7 %.

Kinder bis 17 Jahre haben in Luxemburg ein Armutsrisiko von 27,8 %, Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren eines von 21,2 %. Bei Familien mit drei und mehr Kindern liegt es bei 40,3 % und bei Alleinerziehenden bei 42,4 %. Das bedeutet, dass Kinder ein um 50 % höheres Risiko haben, in Armut aufzuwachsen, als Erwachsene. Daher wäre eine Politik, die resolut Familien mit Kindern unterstützt, mehr als angesagt!

Mit den neuen EU-Strategien gegen Armut kam auch ein neuer Indikator

Wie aber ließe sich Armut denn nun effektiver messen oder darstellen? Seit der Europa-2020-Strategie und jetzt auch für die Erreichung des neuen Ziels des Aktionsplans für 2030 wählte die EU einen neuen, zusammengesetzten Indikator, der aus dem hier vorgestellten Armutsrisiko sowie der schweren materiellen und sozialen Entbehrung besteht. Er umfasst zusätzlich Haushalte, die ihre potenzielle Arbeitskraft nicht genug am Arbeitsmarkt einsetzen – genauer gesagt um weniger als 20 Prozent. Für diesen zusammengesetzten Indikator haben besonders die in 2004 und 2007 zur EU hinzugestoßenen Mitgliedsländer gekämpft, weil er ihrer Ansicht nach die Wirklichkeit besser wiedergibt.

Kinder bis 17 Jahre haben in Luxemburg ein Armutsrisiko von 27,8 %.

Laut diesem „Indikator für das Armutsrisiko oder die soziale Exklusion“, für den Luxemburg 2022 auf den Wert 21,1 % kommt, liegt unser Land an 18. Stelle unter den EU-Mitgliedstaaten. Nur neun Länder schneiden also schlechter ab. Auch bei diesem Indikator kann man den Wert nicht nur zwischen den Ländern und auf der Zeitschiene vergleichen, sondern muss auch die Werte für verschiedene Altersklassen, Haushaltszusammensetzungen etc. einbeziehen.

Da für Luxemburg die Komponente „Armutsrisiko“ bei weitem am meisten wiegt, ist es nicht erstaunlich, dass die Resultate mehr oder weniger dieselben sind, die beim Armutsrisikoindikator herausgekommen sind.³

Wenn es aktuell so scheint, als werde mehr denn je über Armut gesprochen,

dann dürfte das also daran liegen, dass das Risiko in den letzten Jahren immer weiter angestiegen ist – vor allem bei den schwächsten Gruppen: bei Ausländern, Kindern und Alleinerziehenden. In dieser Hinsicht aufschlussreich sind daher auch empirische Untersuchungen darüber, wie Menschen Armut subjektiv empfinden. Dabei werden sie gefragt, wie schwer sie mit dem verfügbaren Einkommen monatlich über die Runden kommen.

Interessant ist dabei zu sehen, dass diese Indikatoren im Prinzip doch immer in dieselbe Richtung zeigen und dass es zu keinen nennenswerten Widersprüchen zwischen den Statistiken und den Erfahrungsberichten kommt. Dennoch bleibt der strukturelle Kampf gegen Armut weiter mühsam – auch dann noch, wenn Politik und Gesellschaft langsam besser verstehen, was der Begriff bedeutet. ♦

- 1 ESPN (European Social Policy Network), seit Ende 2022 ENASSP (Expert Network for Analytical Support in Social Policies): <https://tinyurl.com/caysb394> (letzter Aufruf: 8. Februar 2023).
- 2 Dieser Indikator enthielt früher nur materielle Entbehrungen, er wurde 2014 so neu definiert. Es gibt ihn auch als „schwere materielle und soziale Entbehrung“, dann müssen wenigstens sieben von dreizehn Fragen mit Nein beantwortet werden. Dazu gibt es dann auch noch zusätzliche eine Version für die materielle und soziale Entbehrung bei Kindern.
- 3 Weitere Überlegungen und Untersuchungen zu der hier vorgestellten Thematik finden sich jährlich in dem vom STATEC im Oktober herausgegebenen *Rapport travail et cohésion sociale* sowie im ebenfalls jährlich im Mai von der Chambre des Salariés herausgegebenen *Panorama social*. Für frühere Zeiträume kann der zwischen 2007 und 2021 jährlich von der Caritas herausgegebene *Sozialalmanach* konsultiert werden.